

Ist der Staat zu Erziehung und Bildung berufen?

Anmerkungen zum Bildungsplan 2015 Baden-Württemberg

von Prof. Dr. Micha Bloching

Der [Bildungsplan 2015 der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg](#)¹ erregt wachsenden Ärger, der über Württemberg und Baden inzwischen hinausgeht. Das ist für uns Anlaß zu fragen, in wieweit Erziehung und Bildung in der Hand des Staates richtig aufgehoben sind.

I. Der Bildungsplan

Baden-Württembergs Kultusminister Stoch hat einen Bildungsplan geschaffen, in dem es vorgeblich um Toleranz gegenüber LSBTTI-Menschen geht. Der unbefangene Leser denkt zunächst natürlich, daß Toleranz etwas Gutes ist, kommt aber, sobald er tiefer forscht, (was sicherlich nur die Minderheit tut) ins Stocken, denn der Bildungsplan soll Leitprinzipien in *allen* Schulfächern vorgeben und auch schon in der Grundschule: die Schüler sollen *die verschiedenen Formen des Zusammenlebens von/mit LSBTTI-Menschen kennenlernen, die Darstellung von Geschlechterrollen und sexueller Vielfalt in Medien und Werbung reflektieren, die Geschichte der Unterdrückung von bi-, homo-, trans- und intersexuellen Menschen, deren Emanzipations- und Befreiungsbewegungen kennenlernen, sowie Ausprägungen schwuler, lesbischer, transgender und intersexueller Kultur* usw. Wer sein Kind in Baden-Württemberg auf das G8 schickt, wo bereits im fünften Schuljahr mit zwei Fremdsprachen begonnen wird muß, reibt sich unwillkürlich die Augen: ob das Leben von LSBTTI-Menschen angesichts der existierenden Stofffülle tatsächlich sooo wichtig ist?² Und manch anderer wundert sich, warum gerade diese Randgruppe, die max. 2–3% der Bevölkerung ausmacht, so eine Dominanz im Schulunterricht einnehmen soll, als ob es nicht ebenso wichtig wäre, sich mit körperbehinderten Naturwissenschaftlern, ausländischen Dichtern, linkshändigen Künstlern, kinderreichen Forschern o.ä. zu befassen. Die meisten werden hier aber ihr Hinterfragen beenden, denn wer Kritik am Plan übt, ist intolerant,

¹ Siehe auch [die offizielle Zusammenfassung](#) des Kultusministeriums, die aber offensichtlich wieder aus dem Netz genommen worden ist.

² Ist vielleicht das der Grund, weshalb in Baden-Württemberg nun [Biologie u.a. abgeschafft und durch das Mischfach „Naturphänomene und Technik“ ersetzt](#) werden soll?

homophob oder es sind (laut Handelsblatt) „[Eltern aus dem rechten Milieu](#)“ oder gar „[Nazis](#)“ – wer will da schon dazugehören? Also lieber nicht zu sehr kritisieren.

II. Intolerant, homophob und rechts

Ich hoffe, Sie sind trotzdem so mutig weiterzulesen, denn *wir* trauen uns zu hinterfragen. Schubladen wie „rechts“, „homophob“ oder „intolerant“ sind nämlich immer ein willkommenes Hilfsmittel, Kritik zu ersticken, insbesondere wenn Argumente fehlen, also ein Grund, *erst recht* nachzuforschen.

1. Begriffsbestimmung

- a) Jemanden als „**rechts**“ zu bezeichnen ist, vor allem in Deutschland, das perfekte Instrument, ihn auf Dauer ins soziale Abseits zu rücken, denn wer hat schon nach so einer Stigmatisierung noch den Mut, einem „Rechten“ zur Seite zu treten oder mit - auch nur einzelnen - Ansichten zu sympathisieren, die dieser angeblich „Rechte“ auch hatte.

Die österreichischen Leser mögen sich erinnern: wenn jemand gegen den Eintritt Österreichs in die EG war, hieß es: „Du vertrittst ja das gleiche wie Haider.“ Also war diese Ansicht damit unvertretbar. Geeignet ist dieses Mittel der Diffamierung übrigens gegen jedermann. Manch einer wird es noch wissen, wie sich der SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping in den 90er Jahren kritisch zum Euro äußerte (so viel Weitsicht hätte ich ihm gar nicht zugetraut). Der damalige CSU-Generalsekretär Porzner rückte Scharping sofort in die Nähe der Republikaner. Die Motivation war klar: die volkswirtschaftlichen Argumente gegen den Euro waren erdrückend (wie es heute ja viel deutlicher erkennbar ist als damals). Also mußte man diese „Rechts“-Karte ziehen. Sie wurde gegen jeden, der gegen den Euro war gezogen, aber selten war sie so leicht zu entlarven: Man mag von Scharping als Kanzlerkandidat, Verteidigungsminister (im Swimming-Pool von Mallorca) oder Präsident des Bundes Deutscher Radfahrer halten was man will, aber „rechts“ war er meines Wissens nie.

Aktuell werden 50,3% der Schweizer als „rechts“ eingeordnet, weil den Herrschenden das demokratische Abstimmungsergebnis zur Einwanderung nicht paßt, zuvorderst in der Reihe der Schimpfenden sind EU-Kommissare, die nie vom Volk gewählt wurden.

Jemanden als „Nazi“ zu bezeichnen, ist ohnehin indiskutabel; Nazis waren nämlich Leute, die Millionen von Menschen aus rassistischen o.ä. Gründen industriell ermorden ließen³. Wer eine demokratische und pluralistische Gesellschaft will, diskutiert *jede* Ansicht und steckt nicht Ansichten und schon gar nicht Menschen in (kränkende) Begriffs-Schubladen, letzteres ist vielmehr ein sicheres Zeichen für Argumentationschwäche.

- b) Einige mögen tatsächlich so mutig sein und sich wagen zu sagen: [„Ich bin homophob und das ist auch gut so!“](#), aber sie dürften die Minderheit bleiben, zumal die Bundesregierung Steuergelder mobilisiert, um Homophobie zu bekämpfen⁴, so daß wohl die Strafbarkeit einer weiteren Meinungsäußerung bevorsteht. Das Schlagwort **„homophob“** ist also derzeit wohlfeil; seine Bedeutung bleiben aber die meisten schuldig, auch die Bundesregierung. Aber das ist nicht so wichtig, denn bei einer Regierung steht regelmäßig im Vordergrund, daß sie aktiv ist und viel unternimmt, was gut klingt, damit wir Bürger uns dessen bewußt werden, wie wichtig es ist, eine (aktive) Regierung zu haben⁵.

„Homo“ heißt „gleich“ und „phob“ heißt „feindlich“. „Homophob“ sind also Menschen, die dem gleichen feindlich gegenüberstehen. Gemeint sein könnte das gleiche Geschlecht, paßt hier aber nicht. Man könnte mit homophob auch Menschen erfassen, die feindlich gegenüber denjenigen sind, die sich vom gleichen Geschlecht (sexuell) angezogen fühlen (man merkt, wie weit man schon vom Wortsinn entfernt ist), also Feindlichkeit gegenüber Homosexuellen. Nun mag das bei einigen Kritikern des Bildungsplanes so sein oder nicht. Von einer Kritik an einem Bildungsplan auf Feindschaft gegen homosexuelle Menschen zu schließen ist aber - vorsichtig ausgedrückt – unzulässig, genauer gesagt böseartig.

³ Ähnlich Jörg [Kachelmann, der 80% derjenigen, die Chemtrails vermuten, als „Nazis“ bezeichnet.](#)

⁴ [Koalitionsvertrag CDU, CSU, SPD „Deutschlands Zukunft gestalten“](#), S. 74.

⁵ Vor allem, damit wir nicht bemerken, daß wir 2013 einige Monate faktisch ohne Regierung gar nicht so schlecht gelebt haben und Belgien sogar ganze zwei Jahre dieses Zustandes überstand, ohne unterzugehen (und beim Mehrvölkerstaat Belgien heißt das schon was).

- c) Aber wer will schon „**intolerant**“ sein? Betrachtet man die Demonstration gegen den Bildungsplan auf dem Stuttgarter Schloßplatz am 1. Februar 2014, war der von den Demonstranten meist gerufene Satz: „Schützt unsere Kinder!“ Es gab aber auch Gegendemonstranten, die sich der angemeldeten Demonstration in den Weg stellten und deren Fortgang erfolgreich blockierten.⁶ Diese Gegendemonstranten fielen den Gegnern des Bildungsplanes bei ihrem Ruf „Schützt unsere Kinder!“ mit den Worten: „...vor Euch!“ ins Wort. Da fragt man sich natürlich, was tolerant ist. Die einen wollen den Schutz bloß *ihrer* Kinder, aber die anderen maßen sich an, zu entscheiden, was *alle* Kinder, auch und gerade die der anderen, in der Schule zu behandeln haben⁷. Mit Toleranz hat das nichts zu tun. Tolerant ist nur, wenn jeder für sein Kind frei entscheidet und nicht versucht, dem anderen vorzuschreiben, wie dieser sein Kind zu erziehen hat⁸.

2. Toleranz in der EU

Es ist also nichts anderes als ein Herrschaftsmittel, wenn man dem anderen den Stempel „rechts“, „intolerant“ o.ä. aufdrückt. Das hat auch die EU als für sich nützlich erkannt und ist gerade dabei, dies in die Tat umzusetzen: In dem Papier des EU-Parlaments mit dem wohlklingenden Titel „[A European Framework National Statute for the Promotion of Tolerance](#)“ heißt es in den Anmerkungen zu Sec. 4. f.: „*There is no need to be tolerant to the intolerant. This is especially important as far as freedom of expression is concerned.*“ Wen wir also als „intolerant“ abstempeln, dem müssen wir noch nicht einmal Grundrechte gewähren, insbesondere keine Meinungsäußerungsfreiheit. Auf diese Weise ist das Regieren leicht, denn der Staat entscheidet einfach, wer „intolerant“ ist und daher keine Grundrechte mehr genießen darf. Der Satz von Rosa Luxemburg, daß Freiheit die Freiheit des Andersdenkenden ist, war schon lange nicht mehr aktueller.

⁶ Denn die Polizei ging bei dieser Blockade natürlich den Weg des geringsten Widerstandes und legte dem Organisator der Demo gegen den Bildungsplan nahe, seine Versammlung aufzulösen, weil das Brechen des Widerstandes der Gegendemonstranten für die Ordnungskräfte selbstverständlich aufwendig gewesen wäre. Der ohnehin bis dahin sehr eingeschüchterte Veranstalter gab dann nach.

⁷ Diese Anmaßung wird auch in dem anderen durch die Gegendemonstranten an diesem Tag verwendeten Spruch deutlich: „Eure Kinder werden so wie wir!“

⁸ Ganz vereinzelt waren am Rande der Demo auch Gespräche zu hören, in denen Gegner des Bildungsplanes den Gegendemonstranten mit den Regenbogenfarben sagten: „Wir demonstrieren hier auch für Euch, nämlich damit jeder sein Kind so erziehen kann, wie er es für richtig hält, wir *und* ihr!“

III. Wer bestimmt die Erziehung?

Nun ist oben (II. 1. c. a.E.) zitierte Position natürlich nicht diejenige aller Gegner des Bildungsplanes, wahrscheinlich noch nicht mal der Mehrheit. Die meisten von ihnen wünschen vielmehr, der Staat möge (wieder) christliche Werte für alle vorgeben. Wer definiert aber diese christlichen Werte? Gibt es innerhalb dessen nicht auch eine große Bandbreite? Immerhin bezeichnet sich Kretschmann auch als „[christlichen Politiker](#)“, obwohl er ganz wo anders steht als die Gegner des Bildungsplanes, und andere argumentieren für den Bildungsplan damit, daß [Homophobie unchristlich](#) sei. Glauben christliche Gegner des Bildungsplanes tatsächlich, Politiker und Beamte, die keine Christen in ihrem Sinne sind, würden diese geforderten christlichen Werte auch nur implementieren *können* (wenn sie überhaupt wollten)? Hat nicht ein „christlicher“ Staat Luther unter den Bann gestellt und Johannes Hus entgegen der Zusage freien Geleits auf dem Scheiterhaufen verbrannt? Leben nicht gerade diejenigen, die selbst christliche Werte vertreten, am besten, wenn der Staat sich aus der privaten Lebensführung aller heraushält und die Christen (wie die anderen) ihre Werte in Freiheit leben und ihren Kinder weitergeben dürfen?

1. Demokratie ist, wenn die Mehrheit entscheidet, wie die Minderheit ihre Kindern zu erziehen hat

Hat denn überhaupt eine Gruppe, selbst wenn sie die Mehrheit stellt, das Recht, einer Minderheit vorzuschreiben, wie sie zu leben hat? Kommen nicht dadurch die meisten Konflikte in Gesellschaften, daß eine Gruppe sich anmaßt, der anderen vorzuschreiben, welche Werte diese zu leben habe, wie diese ihre Kinder zu erziehen, wie ihre Religion auszuüben, wie ihre Altersversorgung zu gestalten habe usw.? War nicht der Grundkonsens der Einwanderer in Nordamerika, die (aus den verschiedensten Gründen) sehr schlechte Erfahrungen mit staatlicher Einmischung in ihre persönlichen Überzeugungen und Religionen gemacht hatten, daß gerade jeder seine Freiheit vor einem solchen Staat haben sollte? Das erinnert an Benjamin Franklins Wort: „*Demokratie ist, wenn zwei Wölfe und ein Schaf über das Abendessen abstimmen.*“

Es gibt auch keine Rechtfertigung dafür, daß diese vermeintliche Mehrheit sich des Instrumentes „Staat“ bedient, um Vorschriften zu erlassen. Hinzu kommt, daß der Staat noch

nicht einmal die Mehrheit der (wahlberechtigten) Bevölkerung repräsentiert⁹ und daß der Staat per definitionem auch noch ein Eigeninteresse hat. Ein Staat *muß* nämlich Regeln erlassen, sonst würden die Bürger erkennen, daß er in weiten Teilen überflüssig ist. Und die Versuchung, mit diesen Regeln eher Herrschaftssicherung zu betreiben, als Bürger heranzuziehen, die die Regierenden kritisch beurteilen, läßt sich ja auch nicht von der Hand weisen.

2. Staatliche Erziehung war immer Machtausübung

Und damit haben wir die staatliche Hybris im Kern ergriffen, die durch diesen Bildungsplan hindurchscheint: Der Staat, in diesem Fall repräsentiert durch die grün-rote Landesregierung, entscheidet, welche Werte die Kinder in welchem Alter und auf welche Weise vermittelt zu bekommen haben, und alle müssen sich fügen.

- a) Der Kultusminister hat entschieden, mit welchen Werten und Vorbildern sich die Kinder *in allen Schulfächern und bereits im Grundschulalter* zu befassen haben, nämlich mit LSBTTI-Menschen, z.B. „*herausragende historische und zeitgeschichtliche LSBTTI-Menschen, Ausprägungen schwuler, lesbischer, transgender und intersexueller Kultur (Musik, Bildende Kunst, Literatur, Theater, Film und neue Medien)*“ usw. Aber Alte, Behinderte, Alleinerziehende, Ausländer usw. (die alle einen weit größeren Teil der Bevölkerung ausmachen) sind offensichtlich nicht so wichtig. Mit welchem Recht maßt sich ein Berufspolitiker an, eine bessere Werteentscheidung für die Kinder fremder Menschen treffen zu können als deren Eltern selbst? Gibt es irgendetwas, was diese Politiker ausweist, eine höhere Sozialkompetenz zu haben als ein normaler Bürger?¹⁰ Manchen Menschen ist nun einmal wichtiger, ihr Kind hilft, behinderten Kindern das Leben zu erleichtern, Ausgegrenzte zu integrieren und ausländischen Mitschülern zur Hand zu gehen. Andere Eltern wollen vielleicht, daß ihr Kind sich schwerpunktmäßig geistig

⁹ Auch bei der letzten Wahl in Baden-Württemberg war die stärkste Partei selbstverständlich diejenige der Nichtwähler. Allein der Umstand, daß die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Wahlzettel nichts findet, was ins Parlament kommt, kann sie nicht rechtlos gegenüber einer Minderheit machen.

¹⁰ Der Auftritt von Stoch in der SWR-Sendung [„Nachtcafé“ zum Bildungsplan](#) läßt eher das Gegenteil annehmen, indem er den Vorsitzende der ev. Allianz angriff, dieser denke „immer“ unter der Gürtellinie, weil dieser gefragt hatte, welche sexuellen Spielarten denn noch im Bildungsplan toleriert würden. War es nicht der Herr Minister, der uns zwingen will, daß wir schon unsere Grundschul Kinder seiner Aufklärung über sexuelle Orientierungen unterwerfen und daß unsere Kinder Menschen nach ihrer sexuellen Orientierung zu definieren haben? Auch bei den Grünen darf man insbesondere angesichts der pädophilen Äußerungen und Forderungen allein von [Jürgen Trittin](#), [Volker Beck](#) und [Daniel Cohn-Bendit](#) ernsthafte Zweifel daran haben, daß sie unseren Kindern Werte besser vermitteln als die jeweiligen Eltern selbst.

behinderter Altersgenossen annimmt, alten Menschen hilft oder in kinderreichen Familien aushilft. All diesen Eltern wegen ihrer abweichenden persönlichen Prioritäten zu unterstellen, sie seien gegen homosexuelle Menschen, ist ein zutiefst böses Mittel der politischen Debatte.

- b) Schaut man in den Bildungsplan hinein, erkennt man auch folgendes: Die Kinder sollen „*schwule, lesbische, transgender und soweit bekannt intersexueller Kultur (Musik, Bildende Kunst, Literatur, Filmschaffen, Theater und neue Medien) und Begegnungsstätten (soziale Netzwerke, Vereine, politische Gruppen, Parteien)*“ kennenlernen (ein Schelm, wer bei „Parteien“ Böses denkt..). Hier wird also offensichtlich Einfluß ausgeübt, zum einen daß „Regenbogen-Familien“, schwule, lesbische und transgender Kultur und dahingehend andere sexuelle Lebensentwürfe als die traditionelle Familie gleichermaßen erstrebenswert seien. Das ist aber nicht jedermanns persönlicher Plan für sein Kind. Ebenso wie ich mir wünsche, daß mein Kind nicht Dschungelcamp schaut, keine Alcopops bevorzugt und hoffentlich nie die große Koalition wählen wird, versuchen nicht wenige, ihrem Kind nahezubringen, daß es schön ist, eine Familie (mit Mann und Frau) und/oder eigene Kinder zu haben. Für diesen „traditionellen“ Lebensentwurf haben Eltern sich eben entschieden (nebenbei bemerkt: die Mehrheit in unserem Lande), und das unterfällt doch der persönlichen (Meinungs- und Erziehungs-)Freiheit¹¹? (Und erst recht, welche Parteien mein Kind kennenlernt, oder sollen die Parteien in der Schule Wahlkampf mittels des Lehrplans betreiben dürfen?) Mit welchem Recht will der Staat dagegen angehen, daß Eltern ihrem Kind diese Werte vermitteln? Wenn jemand seinem Kind andere Werte weitergeben möchte, mische ich mich ja auch nicht ein und maße mir nicht an, ich könne besser entscheiden, welche Werte dessen Kind zu verinnerlichen hätte.
- c) Hinzu kommt, daß ich mich frage, warum Bürger, die sich gerne als „kritisch“ darstellen, diese Wertevorgabe der Landesregierung so devot hinnehmen. Herr Kretschmann hat entschieden, was gut ist und was nicht und zwar für alle Schüler. [Gut ist es, lesbisch, schwul, bi-, transgender und intersexuell zu sein; nicht gut ist Polygamie, Inzest und Sado-Maso](#). Es gibt aber zweifellos in Deutschland auch Eltern, die z.B. ihren Kindern weitergeben möchten, daß Polygamie in Ordnung ist¹². Ist Herr Kretschmann der Papst, daß er bestimmen kann, was gut ist und was nicht? Vorgaben

¹¹ Art. 5 und Art. 6 Abs. 2 GG.

¹² Geschweigen denn zu den ganzen unter „Queer“ zusammengefaßten Spielarten.

des Papstes auszuweichen ist allerdings leichter als denjenigen des Herrn Kretschmann: entweder befolge ich päpstliche Anordnungen einfach nicht oder ich trete notfalls aus der kath. Kirche aus. In Baden-Württemberg ist das anders: Will man dem staatlichen Lehrplan ausweichen, muß man sein Kind auf eine nicht staatlich anerkannte Privatschule schicken¹³. Auch der „Austritt“ aus Baden-Württemberg ist mit erheblichen privaten und beruflichen Opfern verbunden¹⁴. Und in kaum einem anderen Land reagiert der Staat so hart wie in Deutschland, wenn Eltern ihre Kinder (auch bloß zeitweise) vom Unterricht fernhalten. [Eltern, die z.B. ihre Kinder vom Sexualkundeunterricht fernhielten, weil diese bei offensichtlich pornographischen Filmen ohnmächtig wurden, wurden mit Geldbuße und Zwangsgeld belegt und in Erziehungshaft genommen.](#)

IV. Wer bestimmt Bildung?

Nun könnte jemand entgegnen, es handele sich nicht um Erziehung (die durch Art. 6 Abs. 2 GG den Eltern zusteht), sondern um Bildung, und hierfür sei der Staat durchaus zuständig.

1. Aufklärung über sexuelle Orientierungen ist keine „Bildung“

Aufklärung ist heutzutage nichts, was Kinder als Bildung in der Schule lernen müssen. Selbst wer in den strengsten Familien aufgewachsen ist, kann sich nicht dagegen wehren, spätestens mit 10 Jahren durch die Umwelt (Medien, Freunde usw.) aufgeklärt worden zu sein. Alle darüber hinausgehenden Details der Sexualaufklärung sind Frage der persönlichen Einstellung und daher Elternentscheidung. Ist es Bildung, wenn meine Kinder mit der Klasse Homo-Parteien besuchen? Was hat es also mit Bildung zu tun, wenn im Unterricht bewußt Transgender-Vorbilder aus der Vergangenheit bemüht werden, bloß weil sie transgender gewesen sein sollen oder „Regenbogen“-Familien als gleichermaßen erstrebenswert hingestellt werden?

¹³ Nachteil einer nicht anerkannten Privatschule ist, daß die Zeugnisse nicht anerkannt werden und der Schüler bereits bei jedem Schulwechsel eine staatliche Aufnahmeprüfung sowie daß beim Schulabgang eine staatliche Abschlußprüfung abzulegen hat.

¹⁴ Vielleicht merkt hieran der ein oder andere Leser, daß die Regierenden immer Interesse an großen staatlichen Einheiten mit einheitlichen Regelungen haben (z.B. Europa anstatt Nationalstaat, Weltwährung, Bundeskompetenz anstatt Landeszuständigkeit usw.). Die Ausweichmöglichkeit für den Bürger, nämlich das Abstimmen mit den Füßen, wird dadurch erheblich erschwert.

Und selbst wenn man es unter Bildung faßt: Es ist doch fernliegend zu glauben, man könne einheitlich regeln, in welchem Alter und durch welche Mittel Kinder am besten über sexuelle Orientierungen aufgeklärt werden. Kinder und Jugendliche sind nun einmal Menschen und keine Maschinen, und jeder, der seine eigenen Kinder kennt, weiß, daß das geeignete Alter und die passenden Methoden für jedes Kind anders sind. Es gibt niemanden, der das besser übersehen kann als die jeweiligen Eltern selbst und niemanden, der das schlechter einschätzen kann als der Staat, also Berufspolitiker und ihnen unterworfenen Verwaltungsbeamten – und das noch für alle einheitlich.

2. Wie bildet der Staat?

Glauben Sie wirklich, daß der Staat die berufenste Instanz für Bildung ist? Ist der Staat wirklich derjenige, der weiß, was Schüler lernen müssen - für's Berufsleben, aber auch für die Allgemeinbildung? Woher soll er ersteres wissen? Berufspolitiker und Beamte sind nun einmal diejenigen, die per definitionem am allerwenigsten mit den Anforderungen der Wirtschaft vertraut sind. Und glauben Sie, was Allgemeinbildung angeht, der Staat wird die Schüler zu selbständig denkenden Bürgern heranziehen wollen (die gar der Regierung kritisch prüfend gegenüberstehen)? Haben wir nicht vielmehr gerade die gegenteilige Erfahrung gemacht, daß staatliche Bildungseinrichtungen ihr Monopol trefflich ausnutzen, um die Kinder mit dem Gift des Nationalsozialismus oder des Kommunismus infizieren? Lehren unsere Schulen, unser Bankensystem, in dem „systemrelevante“ Banken die Staaten erpressen und das Geldsystem, in dem mittels Inflation die Bürger schleichend enteignet werden, kritisch zu hinterfragen? Wird gemäß staatlicher Lehrpläne hinterfragt, daß die Rolle, die Parteien in unserer repräsentativen Demokratie heute haben, der Absicht der Väter des Grundgesetzes widerspricht? Wird gelehrt, daß die Europäische Verfassungsordnung nicht demokratisch ist? Wird unser System, beruhend auf immer mehr staatlicher Verschuldung, kritisch gewürdigt oder wird nicht doch eher (Vulgär-)Keynesianismus (als Schein-Rechtfertigung dafür) gelehrt?

Eines dürfte empirisch außer Frage stehen: hätten wir kein staatliches Bildungsmonopol, wäre das Angebot an verschiedenen Schularten deutlich größer (oder sind die privaten Supermärkte so vielfältig sortiert, weil der Staat dort für reiche Auswahl sorgt? Ein staatliches Lebensmittel-Angebot gab es in der DDR). Hätten wir kein staatliches Bildungsmonopol, würden mindestens 80% der Gymnasial-Eltern ihr Kind nicht auf das G8 schicken (das

- zumindest in Bayern - eingeführt wurde, weil eine fachlich ungebildete Kultusministerin, die selber ihre Kinder auf eine Walldorf-Schule schickte, in ihrer Weisheit dies als richtig empfand). Würden nicht viele Jungen-Eltern es vorziehen, anstatt ihren Sohn [mit dem Prädikat ADHS pathologisieren](#) zu lassen, weil er im gegenwärtigen Schulsystem untergeht, eine Lehranstalt auszusuchen, in der sich nicht die Kinder (mittels Medikamenten) der Schule, sondern die Schule den Bedürfnissen der Kinder anpaßt und vielleicht vor dem Unterricht Sport getrieben und bei Jungen das Schönschreiben nicht benotet wird.

Der Einwand, dann könnten sich nur Reiche Privatschulen leisten, geht ins Leere. Mit diesem Argument bietet der Staat ja viele Waren und Dienstleistungen an. Aber wo kann sich der kleine Bürger eher ein vielfältiges Angebot leisten, bei Aldi oder im staatlichen DDR-Konsum, und welche Autos konnten sich die Menschen eher leisten, den Trabi oder die guten West-Pkws? Gäbe es keine staatlichen (steuerfinanzierten) Schulen, würde der Staat uns nämlich nicht zuvor die entsprechenden Steuergelder nehmen, um sein staatliches Schulsystem samt Kultusverwaltung zu finanzieren, und die Schulen müßten sich am Markt behaupten, auch was den Preis angeht (was die staatliche Monopol-Schule nicht muß, denn sie bekommt ihr Geld auch dann, wenn sie schlechte Leistung anbietet)¹⁵.

V. Fazit: Der Staat taugt weder für Erziehung noch für Bildung

Aber da schließt sich der Kreis: Bildung und Erziehung sind immer ein Herrschaftsinstrument des Staates gewesen. Wer glaubt, unser Staat sei besser und arbeite daran, Menschen heranzuziehen, die selbständig denken und der Regierung gegenüber kritisch sind, vertritt ein anderes Menschenbild, nämlich das von besseren Menschen an der Regierung und in der Verwaltung oder ist – so meine Überzeugung - naiv. Tatsächlich gibt es niemanden, der für Bildung und erst recht für Erziehung schlechter geeignet ist, als der Staat. Ganz offensichtlich geht es auch beim Bildungsplan 2015 um Herrschaft und Einfluß auf die kommende Generation.

¹⁵ Wenn sich Einzelne eine private Schule nicht leisten können, dann muß eine Sozialhilfe diesen Bedürftigen direkt zufließen.